Nr. 560 / B 277 Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 26. November 1926 / V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3685, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Verhandlungen über die Militärkontrolle

In den politischen Kreisen Berlins hat man von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit den Westmächten über die Aufhebung der interalliierten Militärkontrolle und die Investigationskommission des Völkerbundes einen durchaus günstigen Eindruck und erwartet, daß während der Tagung des Völkerbundrates in Genf der Termin für die Zurückziehung der Militärkontrollkommission endgültig festgesetzt werden kann.

Diese Berliner Auffassung steht in einem gewissen Widerspruch zu den Aeußerungen der Pariser Presse, die — in Anknüpfung an die jüngste Rede Stresemanns im Reichstag — die Meinung vertritt, daß Deutschland in der Frage der Entwaffnung sowie der Auflösung der Verbände noch viel zu tun übrig bleibe und daß Briand in der letzten Unterredung mit dem deutschen Botschafter dies auch deutlich zum Ausdruck gebracht habe. Ob man die Pariser Zeitungen in diesem Falle als getreue Dolmetscher der Ansichten an den maßgebenden Stellen der französischen Hauptstadt anzusehen hat, ist nach den Mitteilungen, die auch in London und in anderen politischen Zentren über den Stand der Militärkontroll-Verhandlungen vorliegen, als zweifelhaft anzusehen. Die offiziöse „Agence Havas" äußert sich auch durchaus in anderem, freundlicherem Sinn.

Am Sonntag trifft, wie berichtet, Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, in Berlin ein. Diese Vorbesprechung dient der technischen Vorbereitung der Tagung des Völkerbundrates, vor allem auch der, ob Deutschland in dieser Tagung den Vorsitz führen wird. **Das wird davon abhängen, ob es sich wird ermöglichen lassen, die Märztagung — einer Einladung der deutschen Regierung entsprechend — in Berlin abzuhalten.**

Besprechungen über das Arbeitsgesetz

Heute hat eine Parteiführer-Besprechung über wirtschaftliche Fragen stattgefunden. Nach den Regierungsparteien empfing der Kanzler zuerst die Sozialdemokraten, dann die Deutschnationalen. Abends wird das Reichskabinett sich mit dem Arbeitszeitgesetz beschäftigen.

Tschitscherins Westreise

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

hs **Moskau**, 26. November

Der russische Außenminister Tschitscherin hat seine Westreise angetreten. Er ist heute in Leningrad eingetroffen und reist am Sonntag nach Deutschland weiter. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird eifrig besprochen, daß Tschitscherin sich von Leningrad auf dem Seewege nach Deutschland begibt, nicht über die Baltischen Staaten oder Polen reist.

Schurman über die europäischen Kriegsschulden

Auf dem Essen, das, wie alljährlich, die amerikanische Kolonie in Berlin am gestrigen amerikanischen Erntedankfest, dem Thanksgiving Day, gab, hielt der hiesige Botschafter der Vereinigten Staaten, Schurman, die Festrede. Er berührte die Verstimmung, die in manchen europäischen Ländern gegen Amerika wegen der Begleichung der Kriegsschulden herrsche, und erklärte, daß Amerika von den 11½ Milliarden Dollar, die es Europa geliehen, tatsächlich nur 7 Milliarden zurückverlangt.

Dazu komme, daß die reisenden Amerikaner jährlich fast eine Milliarde Dollar nach Europa bringen. Der Grund für Amerikas Reichtum sei nicht der gewonnene Krieg, sondern die Tatsache, daß das amerikanische Volk, auch in seinen reichen Schichten, das fleißigste Volk der Welt sei.

* **New York**, 26. November

Das Erntedankfest wurde im Weißen Hause sehr ruhig gefeiert. Präsident Coolidge und seine Frau hatten nur ihre intimsten Freunde — Herrn und Frau Frank D. Stearns — zum Essen eingeladen. Die dabei servierten kulinarischen Genüsse werden durch Funkspruch der Welt bekannt gegeben: Austern, Putenbraten, dazu süße Kartoffeln und Kartoffelbrei, Zwiebeln in Rahmsoße, Erbsen und Sellerie mit Apfel- und Preiselbeersoße, Kürbispudding, Eis.

Mexiko bleibt fest

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 26. November

Während die amerikanische öffentliche Meinung langsam erkennen läßt, daß drastische Schritte gegen Mexiko unpopulär seien und Widerspruch auch in den Vereinigten Staaten selbst hervorrufen würden, versteift sich die mexikanische Haltung immer mehr. Offenbar ermutigt durch Aeußerungen Borahs, Swansons und Norris richteten 35 mexikanische Senatoren eine Adresse an den Präsidenten Calles, worin ihm ihr Vertrauen ausgedrückt und Beistand versprochen wird. Gleichzeitig benachrichtigte das mexikanische Industrieministerium amtlich die fremden Delinteressenten, daß sie bis Jahresende ihre Rechtstitel in Konzessionen umwandeln und registrieren müßten, wenn ihre Ansprüche nicht zu Beginn des nächsten Jahres konfisziert werden sollen und deutet damit an, daß der Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten keinerlei Aenderung in der mexikanischen Politik herbeiführen könnte.

Die verlängerte Bergbauarbeitszeit

Der Abschluß von Bezirksabkommen

London, 26. November

Beim Wiederzusammentritt der Vollversammlung der Bergarbeiterdelegierten wurde mitgeteilt, daß die Bergbaubezirke von Schottland, Northumberland, Lancashire und Yorkshire vor dem Abschluß von Bezirksarbeitsabkommen stehen, während Südwales eine Abstimmung über die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Bedingungen veranstalten wird.

Fast alle Abmachungen, die bisher in den einzelnen Bezirken zur Beratung gestanden haben, sehen eine Verlängerung der Arbeitszeit vor.

Daudet schießt in Zukunft sofort

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 26. November

Der Untersuchungsrichter hat gestern den Führer der „Action Française" Léon Daudet wegen des Ueberfalls der Fascisten auf die Redaktion der „Action Française" vernommen. Daudet hielt dabei eine große Anklagerede, in der er die heftigsten Angriffe auf den Fascistenführer Valois und die französische Polizei machte, die angeblich der „Action Française" keinen Schutz angedeihen lassen. Er erklärte, daß die „Action Française in Zukunft sofort ohne vorherige Warnung von ihrer Waffe Gebrauch machen werde, da sie ja doch nur auf den Selbstschutz sich verlassen könne.

Der Zerfall der „Deutschen Studentenschaft"

Heidelberg lehnt die Bonner Beschlüsse ab

* **Heidelberg**, 25. November

Auf dem Bonner Studententag wurde im August dieses Jahres beschlossen, die Studentenschaft der Universität Heidelberg sollte aus der Deutschen Studentenschaft ausgeschlossen werden, falls sie ihre Satzung bis dahin nicht abgeändert hätte. Denn die Mehrheit der Deutschen Studentenschaft hoffte, durch diesen Druck zu erreichen, daß auch in Heidelberg die Auswahl der Deutsch-Oesterreicher und Auslandsdeutschen nach „völkischen" Prinzipien vorgenommen würde, während bisher freiheitlich-staatspolitische Gesichtspunkte maßgebend waren.

Der Ausschuß der Heidelberger Studentenschaft hat nun in seiner Sitzung vom 24. November zu dieser Frage Stellung genommen. Nach langen grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die Prinzipien des Aufbaues der studentischen Selbstverwaltung und über die heutige Deutsche Studentenschaft wurde der Antrag des „Hochschulrings deutscher Art abgelehnt, die von der Deutschen Studentenschaft gewünschte Satzungsänderung vorzunehmen". Dieses Ergebnis stellt einen Sieg der republikanischen Studenten dar und wird wohl das Ausscheiden der Heidelberger Studentenschaft aus der Deutschen Studentenschaft zur Folge haben.

„Die Jugend bewahren"

Von

Heinrich Mann.

— vor Schmutz und Schund. Aber eure Väter haben die lex Heinze mit tiefer Entrüstung abgelehnt. Da muß ein Unterschied stecken im Kulturempfinden, im Maß der Verantwortung für geistiges Geschehen, ja, wenn das Wort nicht zu groß ist, im Gefühl für Menschenwürde.

Die Abstimmungslisten, das einzige, was von der lex Heinze übrig blieb, sind kürzlich nachgelesen worden. Dagegen stimmten auffallend viele Namen auf »li und »ow. Man war also damals noch nicht ganz ohne Rücksicht auf Geistiges, wenn man konservativ war. Als Liberaler aber stellte man den Begriff der Geistesfreiheit wohl immerhin fast so hoch wie den des Eigentums. Die Verpflichtung wurde nicht mehr so wahr empfunden wie früher einmal, aber sie blieb noch Ehrensache.

Das hat aufgehört. Es scheint niemandem mehr viel auszumachen, wenn die Literatur unter Aufsicht gestellt wird. Sogar der Name eines Gesetzes „gegen Schund und Schmutz" scheint hierfür würdig und geeignet. Wenigstens zur Zeit der Einbringung des Gesetzes stand es so. Seitdem haben wir einiges getan, damit man stutzte. Wir haben gesagt, daß man eine Sache, die man gesetzlich verbieten will, zuerst deutlich bestimmen, das heißt kennen muß. Bei „Schund und Schmutz" ist dies eingestandenermaßen unmöglich. Es gibt keine allgemein gültige Umschreibung. Jeder, der die Macht, Bücher zu verbieten, in die Hände bekäme, hätte das Recht, nach seiner zufälligen Gesinnung zu verfahren, als Antidemokrat so gut wie als Republikaner — auch als Antichrist, wenn er wollte. Die Jugend wird für jeden durch etwas anderes verdorben. Auf die Unterdrückung zweifellos sittenfeindlicher Schriften würde niemand sich beschränken. Wozu sonst überhaupt das Gesetz, da Schweinereien schon jetzt gerichtlich verfolgt werden können? Das eingebrachte Gesetz ist politischer Herkunft und würde politisch wirken. Dies haben wir wiederholt, man fängt nachgerade an, es zu begreifen.

Wir Schriftsteller haben ferner zu bedenken gegeben, daß im Falle der Annahme des Gesetzes wir selbst geeigneter wären als jeder andere, in den beabsichtigten Prüfungsstellen mitzuentscheiden über gute und schlechte Literatur. An uns war nicht gedacht worden, man hatte an alle anderen eher gedacht.

Wir haben auch — mit der Beschämung, mit der man Selbstverständlichkeiten sagt — darauf hingewiesen, daß es im äußersten Fall doch nur eine einzige zentrale Prüfstelle geben dürfe. Die Landesprüfstellen würden natürlich, je nach politischer Einstellung, gegeneinander arbeiten.

Wir haben gefordert, daß die Reichsprüfstelle, in der die Schriftsteller und die Verleger vertreten sein müssen, nur mit Einstimmigkeit ein Buch solle verbieten dürfen. Dadurch würde hoffentlich erreicht werden, daß nur der unbezweifelbare Schund getroffen wird. Dieser ist schon den bestehenden Gesetzen erreichbar. Aber man will sich unnütze Mühe machen, wir müssen verhindern, daß sie ausartet.

Diese Zeit fühlt die unwiderstehliche Neigung, sich unnütze Mühe zu machen. Dies Geschlecht beschränkt den Menschen wo immer mit Maßnahmen, denen die Unhaltbarkeit an der Stirn steht. Das beginnt mit den Schutzzöllen, der willkürlichen Auslieferung jedes einzelnen an die Interessen innerhalb der Grenzen, seiner künstlichen Entfremdung von allem, was draußen gemacht wird. Jetzt soll jedem Staatsbürger vorgeschrieben werden, was er lesen darf. Das Ende des Weges wäre dies noch lange nicht.

Er führt dahin, daß Gesinnungen verboten werden. Gedankenfreiheit wird endlich wieder zum Problem. Schon jetzt werden gewisse Weltanschauungen von den Gerichten verfolgt. Die Verfassung erlaubt sie, ihre politischen Vertreter sitzen in den Parlamenten. Ihre Anhänger im Lande aber dürfen sie weder zu äußern noch zu vertreten wagen, ohne daß ihnen das Gefängnis droht. Die Frage, ob der ehemals bürgerliche Begriff der Freiheit noch gelten soll, ist für die Gegenwart praktisch fast schon verneint. Fehlt einzig noch die ausdrückliche Zustimmung der Oeffentlichkeit zur Durchführung des „trockenen" Fascismus.

Für sich genommen, erschiene ein Gesetz wie dieses „gegen Schmutz und Schund" unbegreiflich und unvermittelt, eine Art Irrsinnsanfall. Erst seine zeitgeschichtliche Bindung kann es erklären.

Soweit der alte Liberalismus nicht Reaktion geworden ist, ging er in der Demokratie auf. Damit hat er soziale Verantwortung bekommen. Demokratie läßt ein Volk nicht unbeaufsichtigt — so wenig, wie eine Diktatur dies tun will. Der Unterschied liegt in den Mitteln. Diktaturen arbeiten